

# Ökostrom-Umlage steigt ungebremst

## Industrie fordert von der Bundesregierung Sofortmaßnahmen

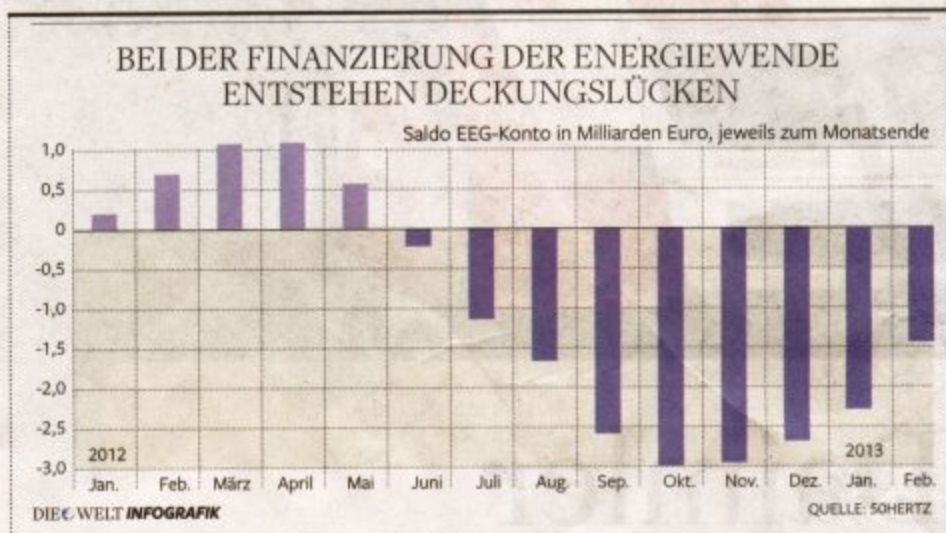
■ Altmaier wollte EEG-Umlage bei 5,3 Cent stabilisieren. Jetzt sagen Netzbetreiber bereits mehr als sechs Cent voraus

■ Industrieverband BDI will als Ausgleich für hohe Energiekosten die Senkung der Stromsteuer durchsetzen

DANIEL WETZEL

Die Befürchtungen von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) scheinen sich zu bewahrheiten: Die Verbraucher müssen die Ökostrom-Produktion mit immer höheren Beträgen subventionieren. Wie aus Berechnungen der Stromnetzbetreiber hervorgeht, steigt die sogenannte EEG-Umlage zur Förderung der erneuerbaren Energien Ende des Jahres erneut um mehr als zehn Prozent auf über sechs Cent pro Kilowattstunde an. Die EEG-Umlage war erst kürzlich sehr drastisch, um rund 50 Prozent, angestiegen. Dies hatte zu Jahresbeginn 2013 für die Verbraucher Strompreis-Erhöhungen von durchschnittlich 13 Prozent zur Folge.

Nach Berechnungen des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission GmbH in Berlin weist das sogenannte EEG-Konto zur Finanzierung der erneuerbaren Energien aber bereits jetzt, zu Jahresbeginn, erneut eine Deckungslücke von rund zwei Milliarden Euro auf. Nach seiner „vorläufigen Prognose“ könnte die von den Verbrauchern zu zahlende EEG-



„Wir sollten kein Geld mehr für Wegwerfstrom bezahlen“ **Ulrich Grillo**, BDI-Präsident

Umlage im kommenden Jahr damit auf über sechs Cent pro Kilowattstunde ansteigen, sagte 50-Hertz-Chef Boris Schucht.

Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) hatte erst vor einigen wenigen Wochen angekündigt, die Verbraucher mit Energiewende-Kosten nicht über die aktuellen 5,3 Cent hinaus belasten zu wollen. Doch das von ihm vorgeschlagene Maßnahmenpaket einer „Strompreisbremse“ ist allerdings politisch umstritten. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will in der kommenden Woche mit den Ministerpräsidenten der Länder über die Möglichkeit einer Energiekosten-Grenze verhandeln.

Altmaiers „Strompreisbremse“ sieht vor, die Vergütung von Anlagenbetreibern zu verzögern, Industrieunternehmen stärker zur Finanzierung der Energiewende heranzuziehen und auch die Privilegierung von Schienenverkehrsunternehmen zu beenden. Bahn-Unternehmen sind bislang von der Zahlung der EEG-Umlage ausgenommen.

Der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) forderte angesichts der weiter steigenden Energiepreise von der Bundesregierung einen „Strompreis-Stopp“ noch vor der Bundestagswahl im Herbst. „Die Sorgen und Unsicherheiten über den Fortgang der Energiewende sind in vielen Branchen gewachsen“, er-

klärte BDI-Präsident Ulrich Grillo in Berlin.

Gut eine Woche vor dem energiepolitischen Spitzentreffen der Ministerpräsidenten bei Kanzlerin Merkel legte der BDI-Präsident einen energiepolitischen Katalog mit fünf Sofortmaßnahmen vor. So dürfe zunächst „kein Geld mehr für Wegwerfstrom bezahlt werden“, forderte Grillo. Die Entschädigungsregeln für Produzenten von Ökostrom, die keinen Abnehmer finden, sollten gestrichen werden. Grillo verwies auf Prognosen, denen zufolge im Jahr 2022 in Deutschland rund 42 Terawattstunden Ökostrom am Bedarf vorbei produziert werden. Das entspreche dem aktuellen Jahresverbrauch Dänemarks. Einer volkswirtschaftlichen Mittelverschwendung in dieser Größenordnung müsse frühzeitig verhindert werden.

Zudem schlägt der BDI vor, Staatseinnahmen aus der Strom- und Mehrwertsteuer an die Verbraucher zurückzugeben. Allein aus der Erhöhung der EEG-Umlage habe der Staat 600 Millionen Euro Mehrwertsteuer eingenommen. Insgesamt addierten sich die staatlichen Erlöse aus Stromsteuer und Mehrwertsteuer beim Strom sogar auf knapp neun Milliarden Euro. Das sei fast fünfmal so hoch wie die 1,8 Milliarden Euro, die die Bundesregierung über ihre Preisbremse bei Verbrauchern und Wirtschaft einsammeln will, sagte Grillo: „Wir fordern, dass die zusätzlich erzielten Steuereinnahmen über eine Absenkung der Stromsteuer an die Stromverbraucher zurückgegeben werden.“

Drittens müsse der Bund ein steuerliches Anreizsystem für die Gebäudesanierung von mindestens 1,5 Milliarden Euro bereitstellen. Dadurch könnten in diesem Schlüsselbereich der Energiewende Investitionen von jährlich zwölf Milliarden Euro ausgelöst werden. Schließlich solle der Bund sofort ein neues „Design“ für den Strommarkt entwerfen, um erneuerbare Energien zu integrieren und das europäische Ausland einzubeziehen. Grillo dazu: „Unsere fünf Maßnahmen für Kostenbremsen ließen sich alle noch vor der Bundestagswahl umsetzen und würden die Stromverbraucher ab sofort deutlich entlasten.“